

Gabriele Roßbach

Zur Einschätzung der Halbmonatsschrift "Die Zukunft. Sozialistische Revue" (1877/1878)

Von Oktober 1877 bis November 1878 erschien in Berlin zweimal monatlich als theoretisches Organ der deutschen Sozialdemokratie "Die Zukunft. Sozialistische Revue". Diese Zeitschrift sollte die ideologische Arbeit der Partei unterstützen. Ihr Inhalt stand jedoch mit der beabsichtigten Wirkung nicht im Einklang. Mit Recht gelangt man daher in verschiedenen marxistischen Arbeiten auf Grund einer Analyse der in der "Zukunft" erörterten Probleme zu der Einschätzung, daß die Zeitschrift eine kleinbürgerlich-reformistische Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung repräsentierte und als Sprachrohr eines Opportunismus staatssozialistischer Prägung fungierte¹ sowie Ausdruck der "gefährlichen Unterschätzung der Theorie und des theoretischen Kampfes der Partei"² war. Einen anderen Aspekt stellt Karlheinz Geyer zur Diskussion, indem er die Herausgabe der Zeitschrift mit der sich in der Partei mehr und mehr durchsetzenden Erkenntnis von der Notwendigkeit verstärkten ideologischen Kampfes in Verbindung bringt.³ Der vorliegende Beitrag will letzteren Gesichtspunkt eingehender beleuchten und einige Ursachen für den Widerspruch zwischen dem Erfordernis, ein Organ zur Verbreitung der Lehren von Marx und Engels zu schaffen, und dem tatsächlichen theoretischen Gehalt der Zeitschrift aufzeigen.

August Geib, als ehemaliger Eisenacher eines der fünf Mitglieder des Zentral-Wahlkomitees, beantragte auf dem Gothaer Sozialistenkongreß von 1877, eine "wissenschaftliche Revue in geeignetem Format und monatlich zweimal in Berlin vom 1. Oktober dieses Jahres ab herauszugeben".⁴ In der Begründung dieses Antrags betonte Geib, daß eine Trennung der Wissenschaft von den Arbeitern durch dieses Organ nicht zu befürchten sei.⁵

Mehr als ein Vierteljahrhundert nach der von Marx und Engels redigierten "Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue" wurde hier zum ersten Male wieder der Versuch unternommen, dem Proletariat durch ein eigenes theoretisches Organ das

ideologische Rüstzeug für die Erfüllung seiner historischen Mission zu geben. Weder in der internationalen noch in der deutschen Arbeiterbewegung existierte zu diesem Zeitpunkt eine Zeitschrift, die sich die Aufgabe stellte, dem Proletariat die Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus zu vermitteln.

Welche Bedeutung die Parteiführung der "Zukunft" beimaß, wird aus einer Annonce im Zentralorgan ersichtlich, in der es heißt, daß die "Zukunft" gerade so wie der 'Vorwärts' ein Unternehmen der Gesamtpartei Deutschlands" sei.⁶ In der Schaffung einer theoretischen Zeitschrift kam das Bemühen der Parteiführung zum Ausdruck, den Tendenzen einer Unterschätzung der theoretischen Arbeit entgegenzuwirken. Diese Tendenzen äußerten sich auf dem Kongreß von 1877 in der Diskussion über die Frage, ob und wie die Parteipresse wissenschaftliche Erkenntnisse verbreiten soll.

Im Januar 1877 hatte der "Vorwärts" begonnen, Engels' Arbeit "Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" abzudrucken. Die theoretisch klarsten Köpfe innerhalb der deutschen Sozialdemokratie erkannten sogleich die Bedeutung dieses Werkes für den ideologischen Kampf der Partei. Unmittelbar nach Erscheinen der ersten Teile des "Anti-Dühring" bemerkte Joseph Dietzgen, Engels habe "jüngst so prächtig dargetan, wie das permanente und absolute Naturgesetz der Bewegung in beschränkten Köpfen immer einen Anfang und ein Ende haben muß".⁷

Die Anhänger Dühringscher Ideen jedoch liefen gegen den Abdruck des "Anti-Dühring" Sturm. Sie beantragten auf dem Kongreß in einer Resolution, künftig Artikel, wie die von Engels gegen Dühring verfaßten Kritiken, die für die Mehrheit der Leser angeblich ohne Interesse seien, nicht im "Vorwärts" zu publizieren.⁸ Da aber über die weitere Veröffentlichung des "Anti-Dühring" in der zukünftigen wissenschaftlichen Beilage des Zentralorgans schon Klarheit bestand, und auch die Herausgabe der theoretischen Zeitschrift bereits beschlossen war, blieb dieser Angriff praktisch wirkungslos.

Vor allem war es Wilhelm Liebknecht, der in seiner Verteidigung des Engelschen Werkes nicht nur die weitere Art des Erscheinens behandelte, sondern auch Engels' wissenschaftliche Verdienste gebührend hervorhob. Er führte aus, Engels "habe sich in den Artikeln gegen Dühring die Aufgabe gestellt, die in dickleibigen Bänden gemachten Angriffe Dührings auf der ganzen Linie zurückzuweisen und sein ganzes System - philosophisch, naturwissenschaftlich und ökonomisch zu widerlegen ... " Seit dem Erscheinen des "Kapitals", fuhr Liebknecht fort, seien "diese Artikel gegen Dühring ... die bedeutendste wissenschaftliche Arbeit, die aus dem Schoß der Partei hervorgegangen.

Diese Arbeit sei im Interesse der Partei auch notwendig gewesen, denn Dühring habe durch seine Abgriffe auf ... die Männer, denen die Partei vor Allen ihre wissenschaftliche Grundlage verdanke, die Partei selbst in ihrem innersten Wesen angegriffen; es habe also den Boden zu verteidigen gegolten, auf dem die Partei stehe".⁹

Anhand dieses Beispiels wird deutlich, daß sich die führenden marxistischen Kräfte der Partei bemühten, mit den Mitteln der Parteiliteratur und Parteipresse kleinbürgerlichen Auffassungen entgegenzuwirken, die sich der Vereinigung des wissenschaftlichen Kommunismus mit der Arbeiterbewegung widersetzen. In diesen Zusammenhang läßt sich auch die Entstehungsgeschichte der "Zukunft" einordnen. Der Beschluß, ein theoretisches Organ zu gründen, war ein weiterer Schritt in dem Ringen, in das Proletariat die für seinen Kampf unbedingt notwendige wissenschaftliche Grundlage hineinzutragen.

Wie sich aber im weiteren Verlauf zeigte, stieß die Realisierung dieses Vorhabens auf objektive und subjektive Schwierigkeiten, so daß in der "Zukunft" statt wie beabsichtigt, die Ideen von Marx und Engels, im wesentlichen kleinbürgerlich-reformerische Gedanken verbreitet wurden.

Bereits die Besetzung der Redaktion warf schwer zu lösende Fragen auf. August Geib trat nach dem Kongreß im Auftrag des Zentral-Wahlkomitees zuerst mit Karl Hirsch in Verbindung. Er bat ihn, die Redaktion der "Zukunft" zu übernehmen. Geibs Bemühungen blieben jedoch erfolglos.¹⁰ Die Leitung der Zeitschrift wurde daraufhin in Karl Höchbergs Hände gelegt. Dem war jedoch eine Diskussion zwischen Bebel und Liebknecht einerseits und Marx und Engels auf der anderen Seite vorausgegangen. Die "Leipziger" waren sich durchaus der Gefahr bewußt, die durch eine solche Besetzung der Redaktion erwachsen konnte. Sie gaben zu bedenken, daß Höchberg in der Partei weitgehend unbekannt war und befürchteten, "daß eine schwache Redaktion - und eine ungekannte kann eventuell eine schwache sein - in Berlin leicht in Dühringsches Fahrwasser geraten und so den Keim zu fatalen Differenzen in der Partei legen könne".¹¹ Liebknecht war sich Höchbergs nicht sicher. Er erfaßte das Bedenkliche der Situation, als er am 28. Juli 1877 an Engels schrieb, es sei von Seiten der Parteiführung eine so "strenge Kontrolle organisiert", daß "keine Kükseier zu befürchten" seien.¹²

Erschwert wurden die Vorbereitungsarbeiten auch dadurch, daß sich Liebknecht von Mitte Juni an für zwei Monate im Gefängnis befand und im September am Sozialistischen Weltkongreß in Gent teilnahm. Außerdem beanspruchte ihn seine Agitationstätigkeit stark.

August Bebel mußte sich in mehreren Prozessen gegen die Anklage der Bismarck-Beleidigung verteidigen, die er angeblich begangen haben sollte. In diesem Zusammenhang war er von Ende November 1877 bis Mai 1878 inhaftiert.

Höchberg, nunmehr Redakteur der "Zukunft", war 1876 zur Partei gestoßen und hatte anfangs in ihr keine Rolle gespielt. Aus privaten Mitteln stellte er jährlich 10 000 Mark für Publikationszwecke zur Verfügung. Durch diese Lösung der Finanzfrage ermöglichte er die Herausgabe der "Zukunft". Nachdem Höchberg die Leitung der Redaktion übernommen hatte, war deren Position im Grunde genommen festgelegt. Höchberg hatte nie auf dem Boden der Ideen von Marx und Engels gestanden. Er vertrat einen Gefühlssozialismus Langescher Prägung.¹³

Wie oben dargestellt, waren Marx und Engels durch Liebknecht von den Problemen bei der Herausgabe der "Zukunft" unterrichtet. Einige Tage bevor Liebknecht sie von der Absicht informierte, Höchberg zum Redakteur zu machen¹⁴, erhielten Marx und Engels von der bereits bestehenden Redaktion der "Zukunft" ein Schreiben mit der Aufforderung, an der Zeitschrift mitzuarbeiten. Nach gegenseitiger Verständigung beschlossen sie, die Mitarbeit abzulehnen. Engels formulierte die Begründung: "Ich denke, ich antworte, erstens sei es unmöglich, sich zur Mitarbeiterschaft einer wissenschaftlichen Zeitschrift zu verpflichten, deren Redaktion anonym und deren Mitarbeiter ebenfalls ungenannt sind. Kongreßbeschlüsse, so respektabel auch auf dem Gebiet der praktischen Agitation, gälten in der Wissenschaft = 0 und reichten nicht hin, den wissenschaftlichen Charakter einer Zeitschrift, der nicht dekretiert werden könne, festzustellen. Eine sozialistische wissenschaftliche Zeitschrift ohne ganz bestimmte wissenschaftliche Richtung sei ein Unding, und bei der großen jetzt in Deutschland grassierenden Verschiedenheit resp. Unbestimmtheit der Richtungen fehle bis jetzt jede Garantie, daß die einzuschlagende Richtung uns passe."¹⁵ Ähnlich äußerte sich Engels in seinem Schreiben an Liebknecht vom 31. Juli 1877.¹⁶ Die hier von Engels skizzierten Kriterien für eine wissenschaftliche sozialistische Zeitschrift sind nicht nur als Maßstab für die "Zukunft" bedeutsam, sondern haben generelle Gültigkeit für marxistische theoretische Organe. Engels nahm z. B. 1883, im Gründungsjahr der "Neuen Zeit", auch dieser Zeitschrift gegenüber zunächst eine abwartende Haltung ein, da die "Neue Zeit" zwar von Anfang an als Sprachrohr der marxistischen Kräfte in der Partei galt, jedoch nicht von vornherein konsequent marxistische Positionen verfocht. Als sich aber abzeichnete, daß sich die "Neue Zeit" zu einem marxistischen Organ herausbildete, begann Engels' unmittelbare

Mitarbeit, womit er die Entwicklung der "Neuen Zeit" zur bedeutendsten theoretischen Zeitschrift der revolutionären deutschen Sozialdemokratie entscheidend beeinflusste.¹⁷

Bei der Herausgabe der "Zukunft" hingegen führten insbesondere die unbefriedigende Lösung der Redaktionsfrage und die Tatsache, daß Bebel und Liebknecht im Gefängnis sitzen mußten, dazu, daß die von Engels gestellten Anforderungen nicht erfüllt wurden. Außerdem war sich wohl die Parteiführung anfangs noch nicht im erforderlichen Maße über die Kriterien für ein Organ im klaren, das dem Proletariat die Lehren von Marx und Engels nahebringen sollte. Des weiteren erwies sich die Befürchtung der "Leipziger" sowohl hinsichtlich der schwankenden Haltung Höchbergs als auch bezüglich der Wahl des Verlagsortes als begründet.

Bei der Bestimmung des Verlagsortes für die "Zukunft" hatte sich der Kongreß für Berlin entschieden. In den Jahren von 1875 bis 1878 bestanden noch zwei zentrale Parteiverlage gleichberechtigt nebeneinander - die Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig als Verlag der Eisenacher Partei und die lassalleianische Berliner Assoziationsdruckerei. Im Verschmelzungsprozeß der Arbeiterparteien stieß die Durchsetzung des Marxismus immer wieder auf Widerstände der Lassalleaner, die in ihrem Berliner Verlag eine Möglichkeit sahen, ihre Doktrinen beizubehalten bzw. zu modifizieren. Diese Versuche fanden ihren Niederschlag in der Verlagsproduktion. Die Entscheidung, die "Zukunft" in Berlin erscheinen zu lassen, erwies sich auch deshalb als ungünstig, weil das Zentralwahlkomitee, das laut Beschluß die Redaktion führen bzw. kontrollieren sollte, seinen Sitz in Hamburg hatte und demzufolge seiner Aufgabe kaum gerecht werden konnte.

Höchberg selbst trat in der "Zukunft" nur mit wenigen Beiträgen auf. Es zeigte sich aber, daß die meisten Autoren, die er vermutlich selbst gewonnen hatte, seine Sozialismusauffassungen teilten. Die Vorstellungen Höchbergs vom Sozialismus gipfelten in der These: "Es ist ein hervorstechender Zug im Wesen des Sozialismus, daß er die praktischen, d. h. die zur Verwirklichung drängenden Ideale seiner Sozialpolitik nicht vorwiegend aus einer objektiven Betrachtung der gegebenen Zustände schöpft, sondern vielmehr aus einem freien, von dem Seienden sich emanzipierenden, ja demselben sich entgegenstellenden Bewußtsein von dem Seinsollenden."¹⁸

So beschäftigten sich die Artikel der Zeitschrift im wesentlichen damit, den Staat der zukünftigen Gesellschaft detailliert auszumalen, Klassenharmonie und staatssozialistisches Gedankengut zu predigen. Carl August Schramm, der eifrigste Mitarbeiter der "Zukunft", befaßte sich hauptsächlich mit der Marx'schen Werttheorie, die er zwar ver-

teidigte, sie aber nicht als Ausgangspunkt der Mehrwerttheorie verstand, sondern aus ihr direkt sozialistische Forderungen abzuleiten versuchte.¹⁹ Zugleich vertrat er in der Bewertung der reaktionären Verstaatlichungsabsichten Bismarcks staatssozialistische Auffassungen.²⁰

Nachdem die ersten beiden Hefte der "Zukunft" erschienen waren, traf Marx eine prägnante Einschätzung: "Die Revue 'Zukunft' keineswegs befriedigend. Hauptstreben, an die Stelle materialistischer Erkenntnis ideologische Phrasen von 'Gerechtigkeit' etc. zu setzen. Programm miserabel. Verspricht auch in Zukunfts-Gesellschafts-Bau-Phantastereien zu machen. Dies erste Resultat des Einkaufs eines Bourgeois in die Partei nicht glücklich - wie das vorherzusehn war."²¹

Zunächst stieß diese Linie der "Zukunft" jedoch innerhalb der Partei kaum auf Widerspruch. Als erster erkannte August Bebel, daß die ursprüngliche Absicht, mit der Zeitschrift die Ideen von Marx und Engels zu propagieren, gescheitert war. Noch im Gefängnis ergriff er im März 1878, ein halbes Jahr nach Erscheinen des ersten Heftes, zum ersten Mal das Wort. Insgesamt veröffentlichte er bis Juli 1878 vier Artikel und zwei Rezensionen in der "Zukunft". Marxistisch fundiert beantwortete er brennende Fragen der Arbeiterbewegung. In seinem Artikel "Der Sozialismus und das Landvolk" begründete Bebel in Auseinandersetzung mit dem Proudhonisten Mühlberger die potentielle Bündnisbereitschaft der Bauern und die führende Rolle, die die Arbeiterklasse und ihre Partei den Bündnispartnern gegenüber einnehmen muß.²² Mit der Rezension zu Lissagarays Buch "Geschichte der Kommune von 1871" leistete Bebel einen wichtigen Beitrag zur Verbreitung der Auffassung von Marx und Engels über die Rolle der Partei, indem er hervorhob, daß die Kommune "weit mehr an ihrer eigenen Programmlosigkeit zu Grunde gegangen (sei), als an der Übermacht ihrer Feinde"; sie mußte scheitern, da sie "keine in sich geschlossene, in Übereinstimmung handelnde Partei" bildete.²³ Dies war die für die Arbeiterbewegung aktuellste, am meisten zu beherzigende Lehre der Pariser Kommune. Gestützt auf die materialistische Geschichtsauffassung legte Bebel in seinem Beitrag "Der Gewerbebetrieb durch den Staat und die Kommune" dar, daß die Errichtung des Sozialismus objektiver Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung sein werde und die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat voraussetzt.²⁴ Maßstab für jede revolutionäre Arbeiterpolitik sei, ob eine Maßnahme "die Eroberung politischer

Macht erleichtert oder erschwert. Das ist der Kern der Frage, um den sich unsere Taktik dreht".²⁵ Damit trat Bebel gleichzeitig kleinbürgerlichen Illusionen von einer Aussöhnung der Klassengegensätze entgegen, wie sie z. B. Schramm in den Spalten der "Zukunft" verbreitet hatte.

Auf diese Weise unternahm Bebel den Versuch, die Zeitschrift auf marxistischer Grundlage zu profilieren, um der von Engels erhobenen Forderung nach einer "ganz bestimmten wissenschaftlichen Richtung" eines jeden sozialistischen Organs gerecht zu werden. Diese wertvollen Ansätze konnten in der "Zukunft" nicht fortgeführt werden, denn die Halbmonatsschrift wurde kurz nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes, am 6. November 1878, verboten und mußte ihr Erscheinen einstellen.²⁶

Anmerkungen

- 1 August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 1. Berlin 1970. Einleitung. S. 64.
- 2 Ernst Engelberg: Deutschland von 1871 bis 1897. Berlin 1965. S. 150.
- 3 Karlheinz Geyer: Der Kampf von Karl Marx und Friedrich Engels gegen ethisch-idealistische Geschichtskonzeptionen in der deutschen Arbeiterbewegung in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Berlin 1968. Phil. Diss. S. 159-160.
- 4 Protokoll des Socialisten-Congresses zu Gotha vom 27. bis 29. Mai 1877. Hamburg 1877. S. 57.
- 5 Ebenda.
- 6 Vorwärts. 1877. Nr. 95, 15. August, S. 3.
- 7 Joseph Dietzgen: Rezension zu: Laveleye: Le Socialisme contemporain en Allemagne. In: Vorwärts. 1877. Nr. 29. 9. März. S. 1.
- 8 Siehe Protokoll ... A. a. O., S. 70.
- 9 Protokoll ... A. a. O., S. 71/72.

- 10 Siehe Marx an Engels, 25. Juli 1877. In: MEW, Bd. 34, S. 61/62.
- 11 Ebenda.
- 12 Wilhelm Liebknecht: Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels. The Hague 1963. S. 233.
- 13 Zur weltanschaulichen Position Höchbergs siehe auch: Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland. Bd. 1/2. Berlin 1969. S. 81.
- 14 Siehe Liebknecht an Engels, 28. Juli 1877. In: Wilhelm Liebknecht: Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels. A. a. O.
- 15 Engels an Marx, 24. Juli 1877. In: MEW, Bd. 34, S. 56/57.
- 16 Siehe MEW, Bd. 34, S. 286.
- 17 Siehe dazu auch Brigitte Rieck: Die Neue Zeit 1883-1890. In: Jahrbuch für Geschichte. Bd. 10. Berlin 1974.
- 18 Karl Höchberg: Idealismus und Realismus in der Sozialpolitik. In: Die Zukunft. 1. Jg. 1877/78. H. 2. S. 33.
- 19 Siehe dazu Rolf Dlubek/Hannes Skambraks: Das "Kapital" von Karl Marx in der deutschen Arbeiterbewegung (1867-1878). Berlin 1967. S. 101.
- 20 Siehe Carl August Schramm: Über den Gewerbebetrieb der Kommunen. In: Die Zukunft. 1. Jg. 1877/78. H. 9. S. 242-243.
- 21 Marx an Bracke, 25. Oktober 1877. In: MEW, Bd. 34, S. 305.
- 22 Siehe August Bebel: Der Sozialismus und das Landvolk. In: Die Zukunft. 1. Jg. 1877/78. H. 12, S. 352-360.
- 23 Ders.: Rezension zu: Lissagaray: Geschichte der Kommune von 1871. In: Die Zukunft. 1. Jg. 1877/78. H. 15. S. 456-462.
- 24 Die Zukunft. 1. Jg. 1877/78. H. 16, S. 465-474.
- 25 Ebenda. S. 470. - Zur Einschätzung der "Zukunft"-Artikel Bebel's siehe auch August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften... A. a. O. S. 62-66.
- 26 Siehe Otto Atzrott: Sozialdemokratische Druckschriften und Vereine, verboten auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878. Berlin 1886, Nr. 933.

Käte Schwank

Der Briefwechsel zwischen Marx und Darwin

Zu einigen Hypothesen über die Stellung Darwins zu Marx und ihrer Klärung

Die Würdigung der wissenschaftlichen Entdeckungen Charles Darwins ist bekanntlich in zahlreichen Äußerungen von Marx und Engels dokumentiert.¹ Dagegen sind keine Stellungnahmen Darwins zum Werk von Marx und Engels überliefert. Es ist daher verständlich, daß diejenigen Briefe Darwins, die auf sein Verhältnis zu Marx Rückschlüsse zuzulassen scheinen, seit ihrer in der sowjetischen Zeitschrift "Pod snamennem Marksizma" (Nr. 1-2, 1931) erfolgten kommentierten Veröffentlichung, häufig der Ausgangspunkt vielfältiger Interpretationen waren.² Übereinstimmend wird in zahlreichen Veröffentlichungen die Auffassung vertreten, daß sich Darwin gegenüber Marx ablehnend verhalten habe.

Grundlage für alle bisherigen Untersuchungen bilden folgende von Darwin an "Dear Sir" gerichtete Briefe vom 1. Oktober 1873 und vom 13. Oktober 1880. Beide Briefe wurden im Marx-Engels-Nachlaß des SPD-Archivs aufbewahrt (wo die sowjetischen Marx-Engels-Forscher Kopien anfertigten). Die Originale befinden sich jetzt im Marx-Engels-Nachlaß des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte, Amsterdam, und sind unter der Nummer D.II 12-1/2 katalogisiert. Es wurde allgemein angenommen, daß Darwin diese beiden Briefe an Marx gerichtet habe. Vor allem der Inhalt des Darwin-Briefes vom 13. Oktober 1880 gab Anlaß zu verschiedenen Hypothesen und trug damit zu einer gewissen Legendenbildung bei.

Die vorliegende wissenschaftliche Mitteilung, die sich mit einigen dieser Spekulationen in verschiedenen Publikationen jüngerer Zeit³ und ihrer Widerlegung beschäftigt, war gerade fertiggestellt, als im "Neuen Deutschland" 26./27. März 1977, S. 15) die